

## A12 Die Klimawende schaffen wir nur gemeinsam!

Antragsteller\*in: Annka Esser, Marlene Jahn und Robin Miller (GJ Berlin)

Tagesordnungspunkt: 4. GJ B Positionen für das Superwahljahr

### Antragstext

1 Mit der Klimakrise stehen wir vor der größten gesellschaftlichen Herausforderung  
2 aller Zeiten. Unsere Wirtschafts- und Lebensweise muss sich fundamental ändern,  
3 damit wir CO2 Emissionen auf ein Netto O<sup>1</sup> reduzieren und unsere Lebensgrundlage  
4 erhalten können.

5 Für uns als GRÜNE JUGEND Berlin ist daher klar: nur mit der Unterstützung,  
6 Tatkräftigkeit und Kreativität aller Berliner\*innen können wir Berlin so  
7 umbauen, dass es zu einer klimagerechten Welt beiträgt.

8 Bildung über die Klimakrise für Alle!

#### 9 Klimagerechtigkeit in der Schule:

10 Alle Berliner\*innen müssen über das Ausmaß der Klimakrise aufgeklärt werden.  
11 Außerdem müssen die Beteiligungsmöglichkeiten für einen Betrag zur  
12 Klimaneutralität aufgezeigt werden.

13 Bereits in der Schule muss Klimagerechtigkeit eine präzente Rolle spielen.

14 Mindestens 20% des Lehrplanes sollen Nachhaltigkeits- und

15 Klimaschutzthemen behandeln. Da die Klimakrise soziale Ungerechtigkeiten  
16 verschärft und daher intersektional gedacht werden muss, soll es  
17 fächerübergreifende Projektwochen an Schulen geben. Damit das Lehrpersonal  
18 darauf vorbereitet ist, müssen umfassende

19 Fortbildungen zu den Themen Klimakrise, Klimaanpassung, Klimagerechtigkeit und  
20 Nachhaltigkeit angeboten werden. Es soll auch ein spezielles Angebot für

21 Schulleiter\*innen und Leitungen von Kindertagesstätten geben. Außerdem soll eine  
22 Plattform eingerichtet werden, auf der Lehrer\*innen erstellte Schulmaterialien zu  
23 dem Thema teilen können.

24 Jede Schule sollen Klima-AGs einrichten, in denen Schüler\*innen

25 an zwei Stunden in der Woche eigenständig arbeiten können und Projekte  
26 entwickeln können.

27 Exkursionen zu Globalstreiks sollen genutzt werden, um Schüler\*innen

28 demokratische Beteiligung näher zu bringen. Die Kriminalisierung durch schlechte

29 Benotung, Nichtversetzen oder Schulversäumnisanzeigen muss beendet werden.

#### 30 Klimagerechtigkeit in der Ausbildung und im Studium:

31 Nachhaltigkeit und Klimaanpassung muss auch ein Bestandteil jeder Ausbildung  
32 sein. Die Nachhaltigkeit von Projekten darf nicht länger Aufgabe von  
33 beispielsweise einzeln Handwerksunternehmen sein.

34 Auch die Ökologische Weiterbildungen müssen kostenlos werden.

35 Alle Student\*innen sollen ein Klimastudium (30 LP überfachlich, 30 LP im eigenen  
36 Fach) absolvieren nach dem Vorbild des Studium Generale. Das bedeutet, dass sich  
37 alle Student\*innen im ersten Studienjahr ausgiebig mit der Klimakrise und  
38 Klimagerechtigkeit beschäftigen. Die Einführung dieses Studiumzweiges muss bis  
39 spätestens 2023 erfolgt sein.

40 Außerdem müssen sich alle Hochschulen eine Nachhaltigkeitsstrategie geben, die  
41 dazu  
42 führt, dass sie 2030 klimaneutral sind. Bei der Erarbeitung müssen alle  
43 Statusgruppen mit eingebunden werden. Außerdem muss es eine entsprechende  
44 Finanzierung hierfür geben.

45 Es ist wichtig, dass junge Menschen und zukünftige Wähler\*innen umfassend über  
46 die Klimakrise informiert sind. Doch gerade Erwachsene, die momentan über unsere  
47 Zukunft entscheiden, müssen bereits jetzt darüber informiert sein. Daher ist es  
48 umso wichtiger, dass nicht nur Menschen an diese Informationen gelangen, die  
49 jeden Tag Zeitung lesen und diese verstehen.

50 Jede Angestellte sollte die Möglichkeit haben 7 Klima-Bildungstage im Jahr zu  
51 machen.

52 Diese Bildungsurlaubstage werden von staatlich geprüften Initiativen und  
53 Organisationen durchgeführt. Außerdem muss es jährliche Informationskampagne  
54 über die Klimakrise und wie man sich an der Klimawende beteiligen kann in  
55 verschiedenen Sprachen geben (mindestens türkisch, deutsch, englisch, arabisch  
56 und polnisch).

57 Klimabürger\*innenrat für das Projekt Klimaneutral bis spätestens 2035

58 Gerade wurde von der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz eine  
59 Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, die bis Anfang nächsten Jahres prüfen  
60 wird, was getan werden muss, damit Berlin bis 2035 klimaneutral wird. Diese  
61 Machbarkeitsstudie ist ein Anfang. Wie Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen  
62 umgesetzt werden können, muss gesellschaftlich ausgehandelt werden, verschiedene  
63 gesellschaftliche Perspektiven müssen in diesen Prozess mit einfließen.

64 Für diese Aufgabe soll ein Klimabürger\*innenrat noch bis Ende der  
65 Legislaturperiode einberufen werden. Der soll von soll Senat einberufen werden,  
66 sodass die dort formulierten Maßnahmen auch umgesetzt werden. Seine Ergebnisse  
67 soll der Klimabürger\*innenrat Projekt 2035 bis spätestens zu Beginn der  
68 Koalitionsverhandlungen vorstellen.

69 Das Ziel 2035 Klimaneutralität ist dabei nicht verhandelbar. Aber wir müssen  
70 anfangen gemeinsam als Gesellschaft darüber zu reden, wie wir uns gegenseitig  
71 dabei unterstützen können das Ziel zu erreichen ohne, dass Mitmenschen unter  
72 Existenzängsten leiden.

73 Hierfür werden durch das Land Berlin im Losverfahren eine Gruppe von  
74 Berliner\*innen aus unterschiedlichen Kontexten ausgewählt. Dieses Gremium wird  
75 von Wissenschaftler\*innen und nicht kommerziellen Interessenvertretungen  
76 beraten.

77 Damit das Gremium möglichst divers ist, sollen Gründe warum Menschen, die  
78 ausgelost wurden nicht mitmachen wollen, minimiert werden. So muss

79 Kinderbetreuung und barrierefreiheit gewährleistet werden. Menschen, die darauf  
80 angewiesen sind, sollen Aufwandsentschädigungen erhalten.

81 Platz und Geld für zivilgesellschaftliches Engagement!

82 Wir befürworten Maßnahmen wie die 30 Stunden Woche oder ein bedingungsloses  
83 Grundeinkommen, welche dazu führen, dass sich es alle Menschen leisten können,  
84 sich für Klimagerechtigkeit zu engagieren.

85 Gleichzeitig wollen wir Kiezstrukturen aufbauen, die Initiativen strukturell  
86 undfinanziell bei ihrer Arbeit unterstützen. Wie nach dem Beispiel "Fix my  
87 Berlin" soll Arbeit gebündelt werden und Hilfestellungen für das Engagement  
88 bereitgestellt werden.

89 Hierfür könnten Quartiersmanagementkonzepte auf alle Quartiere ausgeweitet  
90 werden.

91 Außerdem fordern wir ein Klimahaus für jeden Bezirk. Hier sollen  
92 zivilgesellschaftliche Gruppen Räume nutzen können, in denen sie sich treffen  
93 und Plenar abhalten können. In Klimahäusern sollen Beratungsstellen zu  
94 Klimaschutzfragen angesiedelt sein.

95 Dort soll auch Raum sein, um Best Practice Beispiele auszutauschen und über  
96 Probleme und Hindernisse zu reden.

97 1) Es werden nicht mehr CO<sub>2</sub> Emissionen ausgestoßen, wie nicht kompensiert  
98 werden können.

## Begründung

erfolgt mündlich